

1 **rista 2 drb intern**

2 Auszüge aus dem Grußwort von JM Kutschaty

3 **NRW soll Mitbestimmungsland Nr. 1 werden**

4 Der Minister begrüßte die Mitglieder des Deutschen
5 Richterbundes NRW in seiner Heimatstadt und erklärte,
6 dass ihm die Themen der „Zukunftswerkstatt Justiz“,
7 „Landesrichter- und Staatsanwältegesetz“, „Familie und
8 Beruf“ und „Elektronische Akte“ sehr am Herzen liegen.

9 Er beschrieb die Fortschritte bei der geplanten
10 Novellierung des dann neu als Landesrichter- und
11 Staatsanwältegesetz zu bezeichnenden Richtergesetzes,
12 das ja noch aus den sechziger Jahren des letzten
13 Jahrhunderts stammt. Hier dankte er dem DRB für den in
14 die Arbeitsgruppe des Landes eingebrachten
15 Sachverstand. Mit einer Einbringung in den Landtag seit
16 im Jahre 2014 zu rechnen.

17 Grundlage aller Reformüberlegungen müsse die
18 Sicherung der Rechtsschutzgewährung und der
19 Leistungsfähigkeit der Justiz für die Bürger-innen sein und
20 bleiben - und zwar einhergehend mit der Wahrung der
21 verfassungsmäßigen Stellung der dritten Gewalt. Die
22 große Lösung des Justizministeriums bedeute, die
23 Staatsanwaltschaft in das Gesetz einzubeziehen.

24 Ein weiterer Kernpunkt des Gesetzgebungsvorhabens sei
25 die wirkungsvolle Erweiterung und Ausgestaltung der
26 Beteiligungsrechte im personellen Bereich, insbesondere
27 bei der Einstellung, der Lebenszeiternennung und im
28 Rahmen von Abordnungen sowie die
29 personalvertretungsrechtlichen Regelungen für die
30 Staatsanwaltschaft. Für diese solle es auch eine
31 Ausweitung der Beteiligungsrechte bei der Besetzung von
32 Führungspositionen geben.

33 Zugleich soll die Ausweitung für Teilzeitbeschäftigungen
34 erfolgen, was gut zu dem heutigen Thema, der
35 Vereinbarkeit von Beruf und Familie, passe. Die

36 Möglichkeit einer Teilzeit-Erprobung sei heute etabliert; ob
37 auch Führungspositionen in Teilzeit ausgeübt werden
38 können, sei zu prüfen. Das sei auch ein wichtiges Thema
39 bei der Frauenförderung.

40 Beim Thema Familie und Beruf müsse man sich zudem
41 den Problemen der Versorgung der Eltern stellen.

42 Zur elektronischen Akte machte der Minister ein
43 Zeitfenster auf. In den vergangenen Jahren fand ein
44 elektronischer Rechtsverkehr in nennenswertem Umfang
45 nur in Mahn- und Registersachen statt. Zum 1. Januar
46 2018 solle bundesweit flächendeckend der fakultative
47 elektronische Rechtsverkehr eröffnet werden, d. h., dass
48 die Gerichte für elektronische Eingänge empfangsbereit
49 sein müssen. Es gebe für die Länder die Möglichkeit,
50 diesen Zeitpunkt bis zu zwei Jahre zu verschieben. Ab
51 dem 1. Januar 2020 können die Länder (durch
52 Rechtsverordnung) die Einführung des obligatorischen
53 elektronischen Rechtsverkehrs gerichtsbarkeitsweise
54 anordnen. Auch dabei werde sicherlich kein Land das
55 letzte sein wollen, das diese Möglichkeit bietet. Schließlich
56 werde ab dem 1. Januar 2022 der elektronische
57 Rechtsverkehr bundesweit verbindlich.

58 Spätestens ab diesem Zeitpunkt werde die Justiz nicht
59 mehr dieselbe sein. Wo früher ein Aktenwagen auf dem
60 Flur polterte oder Fächer voller Akten auf den Bearbeiter
61 warteten, werde ein Computerprogramm in aller Stille die
62 elektronischen Eingänge den elektronischen Akten
63 zuordnen und den dafür zuständigen Justizangehörigen
64 anzeigen, dass diese Akten bearbeitet werden müssen.

65 Und von diesem elektronischen Aktenbock aus arbeite
66 man dann seine elektronischen Akten ab. Wie die
67 elektronische Akte aussehen solle – nur aus einer
68 Sammlung von Dokumenten und eingescannten
69 Schriftstücken? Werden Notizen möglich sein,
70 Markierungen und Verknüpfungen? Wie wird der wichtige

71 vom unwichtigen Inhalt getrennt? - sei noch nicht
72 endgültig zu beantworten. Das JM NRW habe den
73 Prototyp einer ergonomischen elektronischen Akte
74 erstellen lassen, der bundesweit unter dem Arbeitsnamen
75 „e2A“ schon positive Resonanz erfahren habe. Ziel sei es,
76 ein einfaches und zugleich ergonomisches Handling zu
77 bieten, das die Informationsbeschaffung und
78 Informationsaufbereitung erleichtere. Die Arbeit müsse für
79 die Justizjuristen einen Fortschritt mit Erleichterungen
80 bieten. Darum sei für ihn und das Ministerium die
81 Bereitstellung einer elektronischen Akte mit diesen
82 Eigenschaften ein Schlüsselthema, weil der Erfolg des
83 elektronischen Rechtsverkehrs dadurch wesentlich
84 beeinflusst werde.

85 Abschließend ging JM Kutschaty auf Nachfrage des
86 Vorstandes auf die Besoldungssituation ein. Die nächste
87 Runde in den Tarifverhandlungen stand ja zwei Tage
88 später an.

89 Zu der inzwischen kursierenden Streich-Liste bei
90 Besoldung, Urlaub und Versorgung erklärte er, dass es
91 dazu keine Vorgaben der Landesregierung gebe. Man
92 müsse abwarten, wie das Ergebnis aufgrund der
93 Forderung von 6,5 % mehr Gehalt ausfalle. Denn das
94 Land sei an die Schuldenbremse gebunden. Schon jetzt
95 werde der Haushalt wiederum um 2 Mrd. Euro (auf 62
96 Mrd.) aufgestockt und die Neuverschuldung steige um 3,5
97 Mrd. Euro, davon 1 Mrd. für die WestLB. Andere
98 Bundesländer sparten schon Personal ein, während es in
99 NRW neu 50 Stellen für Amtsanwälte gebe.